

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/3866 –

Zeitgemäßes Integrationskonzept für Rheinland-Pfalz

Der Landtag stellt fest:

Die Landesregierung hat ein neues Integrationskonzept mit dem Titel „Gemeinsam für Chancengleichheit, Weltoffenheit und Akzeptanz“ vorgestellt, durch das die Weichen für die Integrationspolitik in den kommenden Jahren gestellt werden. Es beinhaltet Leitlinien und Rahmenbedingungen der zielgerichteten Integration in Rheinland-Pfalz. Damit wurde das Konzept aus dem Jahr 2013 fortgeschrieben. Ziel ist es, allen Menschen die gleichberechtigte Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen zu ermöglichen. Es umfasst daher einen breiten Zugang zu Deutschkursen, Bildung und dem Arbeitsmarkt. Viele Bürgerinnen und Bürger bringen sich bei der Integration aktiv ein, sodass dem Ehrenamt eine hohe Bedeutung zukommt. Das Integrationskonzept führt verschiedene Politikfelder zusammen, es beinhaltet die drei wichtigen Querschnittsthemen „Interkulturelle Öffnung“, „Ehrenamtliches Engagement, gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation“ und „Friedliches Zusammenleben“. Darüber hinaus ist es durch sechs zentrale Handlungsfelder strukturiert: „Bildung und Sprache“, „Berufsausbildung und Arbeitsmarkt“, „Familie, Frauen und Jugend“, „Gesundheit“, „Religionen“ sowie „Kunst und Kultur“.

In der Summe verdeutlicht das Integrationskonzept der Landesregierung, dass Integration mehr ist als Ausländerrecht, Sozialpolitik oder die Reduzierung der Frage der Integration auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion. Rheinland-Pfalz hat deshalb im Jahr 2011 das Integrationsministerium geschaffen, eine koordinierende Struktur, die sich bewährt hat und mit ihrem umfassenden Ansatz Vorbildcharakter hat.

Eine Leitkultur, die alle Menschen in Deutschland in einen Rahmen zu pressen sucht, gibt es nicht. Vielmehr ist das Ziel die Einheit der Verschiedenen: Denn die Gesellschaft in Deutschland ist vielfältig und zieht ihre Stärke aus der Unterschiedlichkeit der Menschen. Bei allen Veränderungsprozessen, die Zuwanderung mit sich bringt, gibt es einen unverhandelbaren Rahmen, der für alle Menschen, die hier leben, gleichermaßen gilt: Unser Grundgesetz und die Anerkennung der Menschenrechte.

Das Integrationskonzept ist der Handlungsrahmen für das staatliche Handeln in Rheinland-Pfalz. Es zeigt, dass die Integration von Flüchtlingen und anderen Zugewanderten zu schaffen ist. Sie bringt uns als Gesellschaft und Staat voran, wenn wir die Weichen klug stellen. Das Integrationskonzept analysiert dafür alle wesentlichen Handlungsfelder der Integration und berücksichtigt Erfahrungen aus den letzten Jahren. Vor diesem Hintergrund entstand ein modernes und zeitgemäßes Konzept, an dem sich Akteure in der Integrationspolitik orientieren können.

Der Landtag begrüßt:

- den hohen Stellenwert, den die Landesregierung der Integration quer durch alle Ressorts beimisst;
- dass die Landesregierung mit dem Integrationskonzept eine schlüssige und umfassende politische Konzeption der Integrationspolitik für die kommenden Jahre vorgelegt hat;
- die konsequente Ausrichtung des Konzepts an einer integrativen Gesellschaftspolitik, welche die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zum Ziel hat und damit den sozialen Zusammenhalt im Land stärkt;
- den hohen Grad an Engagement, den insbesondere Ehren- und Hauptamtliche in Rheinland-Pfalz an den Tag legen, und die sich im Bereich der Integration und Unterstützung von Geflüchteten und Migrantinnen und Migranten einsetzen;
- dass die Landesregierung das hohe ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe würdigt und weiterhin fördern wird.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- auch weiterhin die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Integration von zugewanderten Menschen in Rheinland-Pfalz gelingen kann und so zum Erfolg des Landes einen wichtigen Beitrag leistet;
- aktive und ehrenamtlich Engagierte im Bereich der Integrations- und Flüchtlingspolitik weiterhin zu unterstützen;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Bund seiner Verantwortung für das Gelingen von Integration nachkommt: Neben finanzieller Unterstützung müssen weiterhin Hürden abgebaut werden, die beispielsweise einen Zugang für Geflüchtete zum Arbeitsmarkt, zu Sprachkursen beeinträchtigen;
- sich weiterhin beim Bund dafür stark zu machen, dass Sprachkurse in ausreichender Zahl, Wartezeiten verkürzt und auch für bislang nicht zugangsberechtigte Personengruppen bereitgestellt werden;
- sich auf Bundesebene weiterhin für eine kontinuierliche Anpassung der Regelsysteme und der Infrastruktur etwa im Gesundheitsbereich, einzusetzen;
- sich auf Bundesebene weiterhin für die Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes einzusetzen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer